

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Veronika Matiassek betreffend „Gebührensenkung“, eingebracht in der Spezialdebatte Klima, Umwelt, Demokratie und Personal im Rahmen der Debatte zum Doppelbudget 2022/2023 am 29. November 2021 zu Post 1

Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt erwirtschaftet die Gemeinde Wien aus den kommunalen Gebühren Millionen an Überschüssen, die zum Stopfen von Budgetlöchern herangezogen werden wie auch bereits der Rechnungshof festgestellt hat und somit als illegale Steuern zu titulieren wären. Auch der Gebührenspiegel zum Budget-Voranschlag zeigt regelmäßig diese Überschüsse auf.

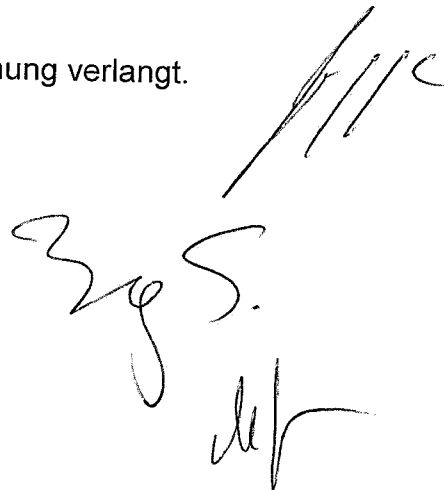
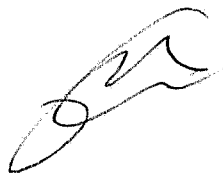
Infolge der Corona-Epidemie kommen tausende Wienerinnen und Wiener finanziell unter die Räder, daher ist es nunmehr auch ökonomisch vertretbar, die bisher über-vorteilten Bürger finanziell zu entlasten, indem die Gemeinde Wien eine Gebühren-senkung bei Kanal, Wasser und Müll um 20 Prozent vornimmt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nach-folgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine 20%ige Senkung der Wasser-, Müll- und Kanalgebühren aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.



Magistratsdirektion der Stadt Wien	
ABGELEHNT	
Eing.	29. NOV. 2021
PG 1-1421311-2021-KFP/KAT	
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat	